

die eigentlich für die Behandlung und Pflege da sind, für Investitionen auszugeben, der macht im Hinblick auf die Demografie nichts richtig.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anklam-Trapp das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerne widmen wir uns noch einmal dem Thema Demografie in dem heutigen Antrag. Ich möchte, wenn ich jetzt das Wort ergreife, noch einmal den Ton auf die Rede von Peter Wilhelm lenken, der sich eben in seiner letzten Rede von uns verabschiedet hat. Ich danke der CDU-Fraktion ausdrücklich für das gute Miteinander

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

und wende den Blick auf das, was Peter Wilhelm uns mit seinen Worten um die Sorgen der Gemeinschaft mitgegeben hat. Die Sorgen der Gemeinschaft sind das, was unsere Minister, unsere heutige Ministerpräsidentin und damalige Ministerin damals schon, 2003, mit dem Demografiekonzept aufgearbeitet und mit auf den Weg gebracht haben, übrigens als erstes Bundesland in unserer schönen Bundesrepublik Deutschland.

Viele, viele Initiativen sind darauf gefolgt. Wir richten unser Land mit viel Bemühungen und großer Kraft auf ambulant vor stationär aus. Das ist ein breites übergreifendes Thema, in das wir alles einbeziehen müssen, den ÖPNV, die Versorgung mit den alltäglichen Gütern, die Hausärzte, die Pflege, das bürgerliche Engagement, welches notwendig ist, um das zu leisten. Die Fachkräftinitiative im ganzen Land braucht es, um die Wirtschaftlichkeit dieses Landes aufrechtzuerhalten. Die Bildungsanstrengungen braucht es, um Eltern die Möglichkeit zu geben, Eltern zu werden, und ihre Berufe ausüben, auskömmlich leben und dann noch zu pflegende Angehörige – vielleicht als Patchwork-Familie – betreuen zu können.

Die größte Pflegegesellschaft in diesem Land Rheinland-Pfalz sind die Angehörigen. Wir sind ein Flächenland, in dem wir gut leben, auch in Zukunft, 2030, 2040 und 2050. Darauf arbeiten wir hin, darauf richten wir uns aus.

Das gilt nicht nur für Menschen, die aufgrund von Alter oder von Einschränkungen durch Krankheit pflegebedürftig werden, sondern ausdrücklich auch für Menschen mit Behinderungen, die gemäß dem Inklusionsgedanken als gleichberechtigte Partner zu uns gehören.

Die Hausärztförderung, die wir – mittlerweile auch gut abgerufen von der Landesärztekammer – eingerichtet

haben, ist ein erster Baustein. Wir waren gestern Abend zum Beispiel bei der Landesärztekammer. Die Grundvoraussetzung eines kommunalen Zusammenlebens auf dem Land, dass die Menschen versorgt sind, gehört zu den Bausteinen, die ein großes Puzzle sind.

Verehrte Frau Kollegin Thelen, mit dem Demografiekabinet hat unsere Ministerpräsidentin aber deutlich gemacht, es ist ein Querschnittsthema über alle Häuser hinweg.

Bisher ungenannt meinerseits ist das Finanzministerium; denn Wohnformen und Fördermittel kommen aus genau dieser Richtung, und wir brauchen sie. Nun müssen wir die Menschen erreichen, damit sie wissen, was möglich ist; denn nur mit den Menschen, die wir erreichen und die den Willen haben, ihr Land umzugestalten, wird uns das möglich sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Dr. Konrad das Wort. Herr Dr. Konrad, Sie haben noch 4 Minuten und 45 Sekunden.

Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Noch einmal ganz kurz: Das Problem an einem solchen Antrag, eine Demografiestrategie festzulegen – ich hatte es eben schon alles gesagt gehabt –, besteht darin, dass man entweder ein Regierungsprogramm zu allen Politikfeldern macht oder sich einzelne Themen herausucht. Ich glaube, wenn man eine Parallele zu anderen Querschnittsaufgaben der Politik zieht – ich sage einmal, Geschlechtergerechtigkeit –, dann kann man nicht hingehen und sagen, wir legen jetzt eine Strategie zur Geschlechtergerechtigkeit fest.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Dann mache ich entweder alle Politikbereiche einmal auf und sage, was ich alles in welchen Politikbereichen mache, oder ich sage, ich setze mir die und die Ziele. Das, was Sie vorgelegt haben, war aber weder das eine noch das andere. Sie haben nämlich einerseits keine Ziele definiert und andererseits nur einen Teil – auch wenn es 41 sind – der gesamten Politik damit abgedeckt, weil Demografie eine Querschnittsaufgabe ist.

Darauf möchte ich noch einmal hinweisen, und das ist der Grund, warum dieser Antrag nicht behandelbar ist; denn hätten wir ihn überwiesen, stellen Sie sich einmal vor, wir bitten die Fachleute in einer Anhörung um ihre Stellungnahme zu diesem Antrag. Dann können Sie aber jeden, der irgendetwas in irgendeinem wissenschaftlichen Feld in Rheinland-Pfalz, das mit Demografie zu tun hat, einladen, weil dieses Sammelsurium dann von jedem einmal von zwei Seiten beurteilt werden soll. Dann hören wir bis zum Ende der Legislaturperiode an,